Staatsarchiv Hamburg

Ausgabe für Groß-Berlin 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 21. Oktober 1926
Donnerstag Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher Amt Jäger 8000, 5079—5090. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die DAZ. erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten

Mit den Beilagen
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * Zeit im Bilde

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 30 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

65. Jahrgang
21. 10. 26 Nr. 492

New Yorks Dank an Hamburg

Botschaft Walkers zum Stapellauf der „New York"

mk. **Hamburg**, 20. 10. (Eigenbericht)

Bei dem Festessen anläßlich des Stapellaufs des Dampfers „New York", über den wir auf der 2. Seite berichten, wurde folgende Botschaft des Ersten Bürgermeisters von New York, James Walker, verlesen:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht meine Absicht, Ihnen in derselben Sprache die Dankbarkeit der Bevölkerung der Stadt New York darzubringen, daß Sie ihren Vertretern gestatten, einen so bedeutenden Anteil an dem heutigen Ereignis zu nehmen. Erlauben Sie mir, daß ich mit dem Nachdruck, den Einfachheit verleiht, sage, wie tief wie diese Ehre zu schätzen wissen, und daß unsere Dankbarkeit der Anteilnahme eines bedeutenden Hauses wegen Ihrer Stadt ist. Überwältigend wenig ich Superlative gebrauchen, um meine eigenen Gefühle auszudrücken. Die Ehre, die Sie in so liebenswürdiger Weise Frau Walker und mir erwiesen haben, ist in der Tat eine hohe Auszeichnung. Unsere Gefühle sind tief und herzlich, und unsere Dankbarkeit ist groß und dauernd. Nicht nur in meinem eigenen Namen, sondern auch im Namen der Bevölkerung von New York und deren Delegierten bitten wir, auf diese Weise der Hamburg-Amerika Linie, der Bevölkerung der Stadt Hamburg, dem Bürgermeister und den Vertretern dieser Stadt unsere Dankbarkeit bezeigen zu dürfen.

Der große Dampfer, den wir heute vom Stapel laufen lassen, wird, wenn die Hamburg Amerika Linie und die deutsche Schiffsbauindustrie ihren alten Ruf treu bleiben, einen

Höhepunkt schiffsbautechnischer Leistungsfähigkeit

auf dem Gebiete der überseeischen Schiffahrt darstellen. Die Bemerkung der großartigen und belebten Flotte, wie sie schon jetzt existiert, um ein so hervorragendes Schiff wird eine unmittelbare Wirkung auf das Geschäftsleben Deutschlands und der Vereinigten Staaten ausüben. Das Schiff wird bedeutende Güternassen von Häfen zu Häfen befördern, ein Band mit den Erzeugnissen des anderen versorgen, wird neue Verkehrsmöglichkeiten von Stadt zu Stadt schaffen und die gegenseitigen Beziehungen der beiden Länder durch ein gesteigertes Vertrauen und eine willkommene Belebung fördern. Es wird nicht nur diese materiellen Resultate, die ich genannt habe, befördern, sondern auch zum Austausch der besseren Güter beitragen. Seine Passagiere werden Deutsche sein, die gerne Amerika kennenlernen und das amerikanische Volk lieben möchten, und es werden Amerikaner sein, die Deutschland zu besuchen wünschen und den Deutschen die Hände drücken möchten. Jede Reise wird die gegenseitige Achtung vergrößern, wird ein besseres Verständnis, größeres Vertrauen und höhere Achtung zwischen den Angehörigen der beiden Nationen schaffen, und das deutsche Volk sowie das Volk der Vereinigten Staaten wird mit Stolz

die Kraft und Beständigkeit ihrer gegenseitigen Freundschaft

wachsen sehen.

Es gibt keinen Zeitpunkt im Weltgeschehen, der für die Erzielung eines solchen Resultats geeigneter sein könnte, als der gegenwärtige Augenblick. Die Völker der Erde sind im Begriff, die Wiederaufbauarbeit nach dem großen Kriege vorzunehmen.

Es kann aber keinen wirklichen Wiederaufbau geben, ohne einen gleichzeitigen sittlichen Wiederaufbau und ohne ein vollständiges Wiederaufleben der freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen den Völkern bestehen müssen und bestehen werden.

Das schöne Schiff, dessen Stapellauf wir heute beiwohnen, wird in deutschlichen Werke hergestellt werden, denn es wird der Träger guten Willens zwischen den beiden Seiten des Ozeans sein. Und deshalb nehme mit Anzeichen der Stadt New York, nach der das Schiff genannt ist, auf unseren Namensvetter stolz sein.

Külz-Rede in Dresden

In einer Wahlversammlung der Demokratischen Partei in Dresden sprach Minister Dr. Külz eine Rede, aus der wir folgende wesentlichen Punkte hervorheben:

Soweit man blicken könne, mache sich überall ein starker Drang zur Zusammenfassung der politischen Kräfte bemerkbar. Der Sammlungsruf Gast-Jarres, der Wirtschafts Ruf nach der republikanischen Union, die Bestrebungen in Preußen auf Herstellung der großen Koalition seien Symptome solcher Einstellung. Der Sammlungsruf der Wehrverbände in Sachsen mit seiner strikten Parole für grundsätzlichen Ausschluß der Sozialdemokratie von der Regierungsverantwortung sei eine politisch-psychologische Verirrung. Ueberhaupt hätten die Wehrverbände und die vaterländischen Verbände nach nicht allenthalben richtige Einstellung zum neuen Staat gefunden, was um so mehr zu bedauern sei, als auch in diesen Verbänden doch ein starker Drang nach nationaler Betätigung vorhanden sei.

Je stärker und weitausgreifender die Zusammenfassung der politischen Energien in Einzelstaaten und Reich ist, um so schneller und gründlicher wird das erreicht werden, wonach sich das deutsche Volk sehnt und worauf es einen Anspruch hat: positive und praktische Arbeit der Regierungen und der Parlamente zum Aufbau und Ausbau unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Die Parteien der Mitte seien der Kristallisationspunkt dieser Arbeit.

Jede Unterstützung, ob sie von rechts oder links komme, sei gleich wertvoll. Das Wort: Niemals mit der Sozialdemokratie — sei für einen Angehörigen der Mittelparteien ebenso töricht wie das Wort: Niemals mit den Deutschnationalen. Das richtige Wort heiße: Jeder ist herzlich willkommen, der auf der Grundlage der Verfassung den neuen deutschen Staat mit warmem Herzen, zähem Willen und nüchternem Verstand aufbauen will zu einem Heim für das deutsche Volk, in dem sich alle seine Schichten wieder wohlfühlen können.

Tagung der Internationalen Handelskammern

Der englische Bericht gefällig — Verkehr-, Finanz- und Wirtschaftsforderungen

a. **Paris**, 20. 10. (Eigenbericht)

Der Rat der Internationalen Handelskammer trat heute zu der angekündigten Sitzung zusammen und billigte einstimmig den Bericht des englischen Delegierten Lord Balfour, der sich mit der Besetzung der besetzenden Handelskammer-Delegierten beschäftigt und der der internationalen Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes vorgelegt werden wird. Ueber den Inhalt des Berichts wird eine ausführliche Darstellung veröffentlicht, in der zahlreiche Forderungen, die der Erleichterung des wirtschaftlichen Verkehrs dienen sollen, aufgestellt werden.

Der Bericht verlangt zunächst die

Schaffung eines einheitlichen Frachtbriefs

auf Grund internationaler Vereinbarungen, Abschaffung der Paßvisa, Erleichterung der Niederlassungen usw. Sehr eingehend werden sodann die notwendigen Verbesserungen der Eisenbahntransporte dargelegt, wobei u. a. die allgemeine Einführung des 24-Stundentages und Vereinheitlichung der Betriebsbestimmungen gefordert wird. Weitere Wünsche beziehen sich auf die Erleichterung der Schiffahrtstransporte, der Flußschiffahrt und des Flugdienstes. Der Bericht wendet sich sodann den

Finanzfragen

zu und macht eine Reihe Vorschläge zur Erleichterung des Kreditverkehrs. Weiterhin verlangt der Bericht freien Handelsverkehr für Rohstoffe im Austausch gegen Vorzugszölle für Fertigwaren. In diesem Zusammenhange werden die gegenwärtigen Zollschranken als das ernsteste Hindernis für den internationalen Handel bezeichnet, und es wird die plötzliche Beseitigung der Zollgrenzen verlangt.

Die Frage der Industriebevölkerung

ist besonders eingehend gepruft worden. Der Bericht spricht sich entschieden zugunsten derartiger Verständigungen aus und verlangt ihre weitere Ausdehnung, da auf diese Weise der Weg für weitergehende wirtschaftliche Vereinbarungen zwischen den Nationen geöffnet werde. Schließlich verlangt der Bericht die Schaffung einer ständigen Kommission für Zölle und wirtschaftliche Angelegenheiten, die unter Aufsicht des Völkerbundes stehen und im Zusammenhang mit der Internationalen Handelskammer arbeiten soll.

In einer weiteren Mitteilung wird schließlich, daß der Rat der Internationalen Handelskammer von dem

Manifest der internationalen Finanz

Kenntnis genommen habe. Der französische Delegierte Duchemin, der zu den Unterzeichnern des Manifestes gehört und zugleich Vizepräsident der Internationalen Handelskammer ist, verlas die von den französischen und italienischen Unterzeichnern verfaßte Zusatzerklärung. Auf Vorschlag des deutschen Delegierten v. Mendelssohn, der von dem französischen Delegierten Clementel unterstützt wurde, stellte der Rat fest, daß die in dem Aufruf entwickelten Grundsätze mit der Politik der Internationalen Handelskammer übereinstimmen. Der Balfour-Bericht wird der Tagesordnung der Handelssachverständigen-Konferenz des Völkerbundes vorgelegt werden.

Kritiken am Wirtschaftsmanifest

a. **Paris**, 20. 10. (Eigenbericht)

Der Eindruck, den das Manifest der internationalen Finanz in der französischen Oeffentlichkeit hervorruft, stellt sich immer deutlicher als stark unfreundlich heraus. Das Dokument wird, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht glatt abgelehnt, aber es wird mit sehr geringem Wohlwollen kritisiert und faßt allgemein unter sehr politischen Gesichtspunkten betrachtet. Man glaubt hier, hinter dieser Wirtschaftskundgebung einen Angriff auf den Versailler Vertrag vermuten zu müssen, und damit sind für einen großen Teil der französischen Oeffentlichkeit alle sachlichen Argumente von vornherein erledigt. Im ganzen kann man bei diesem Anlaß die Haltung der Pariser Presse abermals erkennen, wie außerordentlich schwer es sein wird, bei künftigen internationalen Verhandlungen Frankreich zu einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise zu bewegen und mit welchen stark politischen Hindernissen jeder Versuch einer internationalen Organisierung des Wirtschaftslebens bei der französischen Oeffentlichkeit zu rechnen haben wird.

Die französischen Einwände

richten sich zunächst vor allem gegen die Befürchtung, mit denen das Manifest auf die gegebenen Grenzverhältnisse und auf die Berücksichtigung der großen politischen Einheiten hinweist. Man will hier aus dieser Bemerkung heraushören, daß die internationale Finanz die nach dem Versailler Vertrag geschaffenen Zustände als sinnlos betrachtet und daß sie damit der Absicht der Deutschen in die Hände arbeitet. Bezeichnet wird diese unerfreuliche Auffassung sogar so weit getrieben, daß, wie bereits berichtet wurde, das Manifest kurzerhand als ein „deutsches Manöver" bezeichnet wird. „Für die Deutschen haben die Bemerkungen über die Grenzverhältnisse einen ganz bestimmten Sinn", schreibt die „Liberté", „sie denken dabei an das zerklüftete Oberschlesien, an Eupen-Malmedy und an Danzig. Wenn man den Wünschen der internationalen Finanzjuden entsprechen wollte, müßte die ganze europäische Landkarte von neuem gemacht werden, was sicherlich nicht die beste politische Art bedeutet nicht ohne neue Kriege möglich wäre. Eine seltsame Art, für den Frieden zu arbeiten!"

Während also auf der einen Seite die Berechtigung bestritt, daß das Manifest von Deutschland in politischer Absicht ausgenutzt werden könnte und während alle derartigen Befürchtungen als ganz unsinnig und Entrüstung zurückgewiesen werden, schreibt man andererseits keineswegs davor zurück, die

im Sinne der französischen Sonderinteressen

auszuwerben. Das Dokument wird hier ganz einseitig gegen die Vereinigten Staaten ausgelegt, und zwar nicht nur mit der Begründung, daß Amerika die höchsten Schutzzölle habe, sondern vor allem auch unter Hinweis auf die Währungsfrage. „Es genügt nicht, die Schutzzölle zu bekämpfen", schreibt in diesem Zusammenhang der „Temps". „Es ist vor allem notwendig, daß die Währungsfrage geregelt wird. Wie sollen die ungeheuren Summen, die Amerika von seinen Schuldnern fordert, transferiert werden, wenn dieses sich durch seine Schutzzölle weigert, Waren in Zahlung zu nehmen. Wenn es den Verfassern des Manifestes nicht gelingt, diese Wahrheit den Amerikanern klarzumachen, werden die internationalen Schwierigkeiten, die über kurz oder lang mit Sicherheit durch den Transfer entstehen werden, ihnen die Augen öffnen."

Kurz, man möchte auf französischer Seite den Aufruf benutzen, um in der

Schuldenfrage

Geschäfte zu machen. Es soll nicht bestritten werden, daß in den Argumenten, die dabei geltend gemacht werden, manche Richtigkeit steckt, aber eine Verständigung über die Besetzungen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten scheint ausgeschlossen, solange man sich in Frankreich nicht dazu aufschwingen kann, auch diesenigen Fragen mit großer Objektivität zu betrachten, die sich in politischer Hinsicht zufällig gegen die französischen Interessen richten und ohne deren Lösung eine wirtschaftliche Gesundung Europas niemals möglich sein wird.

*

s. **London**, 20. 10. (Eigenbericht)

Dem Manifest der Wirtschaftsführer wird hier noch der ablehnenden Haltung Coolidges keine besondere Bedeutung mehr beigelegt. Die Presseäußerungen englischer Industrieller, die das ganze als „Gespenst Idealismus" oder als eine „Mission eines zukünftigen Europas" bezeichnen, die keine praktische Bedeutung für die Gegenwart habe.

Aus Chicago liegen Aeußerungen von zwei amerikanischen Unterzeichnern vor. Der Präsident der Trust-Company von Illinois, Mitchell, sagt, daß die amerikanischen Zelle in keiner Weise durch das Manifest betroffen würden. Als englische Finanziers ihn zur Unterzeichnung aufgefordert hätten, hätte er zwar zugestimmt, aber ihnen gleich gesagt, er könne nicht sehen, daß dabei etwas Gutes herauskommen könnte. Thomas Perkins, ein weiterer amerikanischer Unterzeichner, erklärt, daß die Zollpolitik der Vereinigten Staaten ökonomisch gerechtfertigt sei.

*

fr. **Mailand**, 20. 10. (Eigenbericht)

Die Mailänder „Sera" läßt sich von ihrem römischen Korrespondenten berichten, daß der Aufruf der internationalen Hochfinanz in Italien so schlecht aufgenommen worden sei, daß man sich fragen müsse, wie es komme, daß italienische Bankiers und Industrielle ihre Unterschrift für ein Manifest gegeben hätten, das offensichtlich nicht die Zustimmung der offiziellen Kreise gefunden habe und keineswegs den nationalen Interessen entspreche. Der römische „Tevere" wirft den drei großen italienischen Unterschriftskapitänen Toeplitz (Banca Commerciale), Gualino (Snia Viscosa) und Agnelli (Fiat) vor, daß sie für sie ihr eigenes Geschäft alles sei und das Schicksal der Nation nichts. Denn Italien sei gerade im Begriff, sich seine wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Auslande zu erkämpfen.

*

Washington, 20. 10. (Sonderdienst der DAZ)

Daß das Manifest der internationalen Bankwelt mehr ist als ein Sturm im Wasserglas, ist nur darauf zurückzuführen, daß auch Morgan seine Unterschrift gegeben hat. Ohne diese würde Amerika höchstens ein akademisches Interesse an der Sache zeigen haben, wie es denn auch in den letzten 14 Tagen des Wahlkampfes Republikaner und Demokraten in ihren Reden von dem Manifest Gebrauch machen werden. Die Schwierigkeit liegt jedoch darin, daß die Grenzen der Zollpolitik und die Grenzen der Parteipolitik sich nicht decken.

Der Republikaner ist heute nicht mehr automatisch Schutzzöllner, vielmehr ist er im Norden und Osten oft ein Bankier oder Industrieller mit ausländischen Verflechtungen. Der Demokrat im Süden ist heute nicht mehr der Baumwoll- und Tabakpflanzer, und als solcher an einem niedrigen Zolltarif interessiert. In Alabama, Nordkarolina, Tennessee und Virginia ist er oft ein Industrieller mit schutzzöllnerischen Interessen. Die Parteien als solche werden sich mit der Sache daher nicht befassen. Man wird sich darauf beschränken, den „internationalen Bankier" zu verdammen, der heute im politischen Leben dieselbe Rolle spielt, wie früher Wallstreet.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Die Wahl der Regierung Seipel-Dinghofer

Regierungserklärung und Programm

kbg. **Wien**, 20. 10. (Eigenbericht)

Die heute vorgenommene Wahl der Regierung Seipel-Dinghofer ist mit allen äußeren Anzeichen eines großen parlamentarischen Tages in Szene gesetzt worden, ohne daß jedoch die Regierungserklärung und das Programm irgendwie dem Ereignis selbst Bedeutung gegeben hätte. Nirgends die Wohl wenigsten war, an der sich 158 Abgeordnete beteiligen, wovon

99 für, 59 gegen das Kabinett Seipel

stimmten, wurde die Sitzung unterbrochen, um der Regierung die Eidesleistung beim Bundespräsidenten Hainisch zu ermöglichen. Nach Erledigung dieser Formalität erschien die Regierung wieder im Hause und Bundeskanzler Seipel gab die Regierungserklärung ab.

Seipels Rede sei durch ihre Nüchternheit und außerordentlich vorsichtige Formulierung auf. Sie brachte keine Ueberraschung und keine besonderen Ankündigungen, offenkundig aus taktischen Gründen, um die Opposition nicht sofort zum schärfsten Kampfe herauszufordern. Seipel bemerkte einleitend, daß sich alle seine früheren Mitarbeiter auch dem jetzigen Kabinett wieder anschließen, wie der Minister auch in der Regierung Ramek waren, und die Kontinuität daher gewahrt ist. Die nunmehrige Regierung hafte, fuhr Seipel fort, nachdem die Völkerbundsanleihe zu Ende sei, eine um so größere Verantwortung zu tragen. Seine Regierung sei

ein Arbeitskabinett

das ist eine der Bezeichnungen, wie sie Seipel zur Popularisierung bestimmter Ideen zu prägen liebt). Nach diesen einführenden Bemerkungen widmete Seipel allen aktuellen innerpolitischen Fragen einige vorsichtige Sätze. Als besondere Aufgabe der Regierung erwähnte der Kanzler die Wiederherstellung des parlamentarischen Ansehens, das gelitten habe durch die in der letzten Zeit vielgerügten Vorgänge der Inflationszeit, an denen auch Parlamentarier beteiligt gewesen wären. Diese Dinge müßten an den Pranger ausgeroten werden. Und die

Verquickung von Politik und Geschäft

unmöglich zu machen, werde der erste Ministerrat beschäftigen, daß über alle Interventionen von Politikern aus den Zentralstellen ihm berichtet werden müsse. Auch das Unvereinbarkeitsgesetz solle verschärft werden, das den Parlamentariern die Annahme geschäftlicher Stellungen untersage. Wenn die Reinigung des öffentlichen Lebens nicht gelingen und das Parlament nicht zur Ruhe kommen sollte, würde das Haus aufgelöst werden. Aber man solle versuchen, mit vereinigten Kräften zu arbeiten.

Ueber das

außenpolitische Programm

der Regierung äußerte sich Seipel mit gleicher Vorsicht.

Die Beziehungen zum deutschen Brudervolke, das nun auch dem Völkerbunde angehöre, sollen wie bisher fortgeführt werden.

Die Rede Seipels, die an einigen Stellen recht ironisch gehalten war, wurde von der Opposition mit Ruhe angehört. Sie fand weder Widerspruch noch besonderen Beifall.

Die Opposition

schickte als ersten Redner Bürgermeister Seitz, der sich scharf gegen die Großbauten wendete. Seine sehr weitspurigen Ausführungen bildeten eine Wiederholung und Paraphrase der 13 Forderungen, über die wir bereits berichtet haben, die nur die bekannten sozialistischen Forderungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete enthalten. Bei seinen polemischen Bemerkungen gegen einzelne Kabinettsmitglieder und gegen die Großbauten Partei griff es zeitweilig Zwischenrufe, insbesondere bei den kulturpolitischen Kampfansagen. Es folgen die Ausführungen von Vertretern der bürgerlichen Parteien. Für die Christlich-Sozialen sprach Kunzak, für die Großdeutschen Waber.

Rauferei im niederösterreichischen Landtag

kbg. **Wien**, 20. 10. (Eigenbericht)

Im niederösterreichischen Landtage ereigneten sich heute ähnliche Vorfälle, wie kürzlich im steiermärkischen Landtage. Die Sozialdemokraten des niederösterreichischen Landtages erhoben Beschuldigungen gegen den Landeshauptmann Buresch, der durch die Zentralbauernkasse mit der niederösterreichischen Bauernbank in Verbindung gebracht wird. Die Opposition richtete gleich nach Eröffnung der Sitzung Zwischenrufe gegen Buresch. Es kam zu wüsten Raufszenen, in deren Verlaufe Abgeordnete mit Aktenstücken und Tintenfässern warfen. Die Sitzung mußte unterbrochen werden.

Lohnkampf in der amerikanischen Filmindustrie

New York, 20. 10. (Sonderdienst der DAZ)

Die Gewerkschaften der Filminduskrie sind in den Lohnkampf eingetreten und haben einer Reihe der größten Filmgesellschaften ein Ultimatum mit Streikandrohung zum 1. Dezember überreicht. Die betreffenden Gesellschaften sind u. a. Universal-Film, Metro-Film, Goldwyn-Film, First National Film und Fox-Film. Die Leitung des Streiks liegt bei dem Bund der Theater- und Filmangestellten, der 800 000 Mitglieder hat. Es ist beabsichtigt, nicht nur die Filmindustrie stillzulegen, sondern auch die Kinotheater selbst, falls das Ultimatum nicht angenommen wird. Der Sekretär der Filmindustriellen von Kalifornien erklärt, daß die Unternehmer keine Gewerkschaften anerkennen.

Neue Orkangefahr für Florida

Tampa (Florida), 20. 10.

Der Orkan, der in Westindien gewütet hat, rückt, nach Mitteilungen von meteorologischer Stelle, augenscheinlich gegen die Westküste von Florida vor. Das amtliche Wetterbüro in Miami teilt mit, daß der Orkan mit verheerender Gewalt über den westlichen Teil der Insel Cuba hinweggegangen sei.

Chamberlain verteidigt den Locarnovertrag

Oberkommissar Lord Lloyd berichtet über Aegypten

sx. **London**, 20. 10. (Eigenbericht)

Chamberlain erstattete auf der Reichskonferenz in zwei mehrstündigen Sitzungen vormittags und nachmittags den Bericht über die auswärtige Politik. Das amtliche Kommuniqué beschränkt sich darauf, mitzuteilen, wer an der Sitzung teilgenommen hat. Auch Lord Birkenhead ist inzwischen hier eingetroffen. Der Oberkommissar für Aegypten, Lord Lloyd, berichtete in der Nachmittagssitzung über die Lage in Aegypten. Der Beschluß der Konferenz, den Bericht über die letzten Reichskonferenz mit dem Bericht Lord Curzons gemacht hatte. Der Bericht erschien mit einer Zeitverspätung, hinter der sich das heiße Ringen der englisch-französischen Beziehungen verbirgt.

Der wichtigste Punkt des Chamberlainschen Berichtes war die Verteidigung des Locarnovertrages gegenüber der

Kritik aus den Dominien.

Chamberlain soll sich damit haben, nachzuweisen, daß der Sinn des Vertrages weniger in den militärischen Verpflichtungen Englands als in der Beruhigung Europas zu sehen ist. Bekanntlich gab die englische Auffassung über die Völkerbundsgarantie Anlaß zu Mißverständnissen, die jetzt Seipel fort, nachdem die Völkerbundsgarantie zu Ende sei, eine um so größere Verantwortung zu tragen. Seine Regierung sei

ein Arbeitskabinett

hat in englischen Kreisen überrascht, da der General bei seiner Abschiedsrede in London einen friedlicheren Ton angeschlagen hatte. Man glaubt nicht, daß General Herzog auf der Ankündigung seines „Status" bestehen wird, sich vielmehr mit dem auch von London geplanten stärkeren Ausbau der gegenseitigen Beziehungen begnügen wird. Ob es zu der Einrichtung des ständigen Reichssekretariats des Oberkommissars und Kolonialministers kommen wird, ist noch fraglich. Amtliche englische Kreise betonen, daß das geltende eingerichtete Sekretariat nur für die Dauer der Konferenz bestimmt ist. Die Rede Herzogs hat auch auf die liberale Presse verschnupft. „Star" wirft dem General vor, daß seine Unterdrückungspolitik gegenüber den Eingeborenen nicht in seine Zeit von den nationalen Freiheit hineinpasse. Ein der Kirche von England angehöriger Missionar hat übrigens in diesen Tagen Aufsehen mit einem Buch erregt, das die eine Anklageschrift gegen die Unterdrückung eines Films sind. Unbegreiflich soll ihm bleiben, daß er den von allen seinen Vorgängern ängstlich vermiedenen Besuch in Berlin abgestattet hat und überzeugt aufrichtig um die Verdichtung der österreichisch-deutschen Beziehungen bemüht war. Daß er aber eben nur Amtsbevollmächtigter sein und nicht regieren könne, zeigte er bei seinen einigen bedeutungsvollen selbständigen Regierungshandlung, an der er denn auch gescheitert ist, der Hilfsaktion für die Zentralbank der deutschen Sparkassen. Er erklärte mit rechtfertigung, daß der Nachfolger Ahrers, Finanzminister gewordene Kollmann, aus Unfähigkeit die notleidende Bank von der Krise zur Katastrophe treiben werde. Dieser griff dann zwar im letzten Augenblick ein und verhütete schimmstes Unglück, aber er unterließ es dann doch auch wieder, sie die widmungsgemäße Verwendung der ihr bereitgestellten Hilfsgelder und für die sofortige Sicherung ihrer Rückerstattung zu sorgen, die nun erst durch das neue Kabinett erfolgen soll. Diese Unterlassung ist ihm um so schwerer Stunde anzurechnen, und es ist daneben fast bedeutungslos, daß er sich nicht auch rechtzeitig die Deckung für seine Mehrgeld durch das Parlament gesichert hatte. Gewiß ist es doch eine der neuen Errungenschaften zu sein, daß Regierungen in Oesterreich in kritischen Augenblicken immer wieder Hoffnungen beleben müssen, weil das Parlament nicht seine Pflicht tut, und erfahrungsgemäß den später einsetzenden Prestigelärm wegen derartiger Selbstständigkeiten sich gerne durch „Gefälligkeit" abkaufen läßt. Täuschen wir uns nicht, so gilt diese Mahnerinnung nicht einmal nur für Oesterreich.

Der Hilfsaktion für die Zentralbank war die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gefolgt, in dem die sozialdemokratischen Abgeordneten sich die Rolle von Großinquisitoren anmaßen, während seine christlich-sozialen Mitglieder in ihrem Verhalten ein solches Uebermaß von Gebald zeigen, daß sie ebenso vergessen, unzweideutig die Bereitwilligkeit der erhobenen Mißbräuche auszusprechen, wie die auch verstummen, der parteimäßigen sozialdemokratischen Ausschreitung des Geschehenen und seiner Bevollgenehmerung entgegenzutreten. Der Ausschuß konnte schwere finanzielle Mißbräuche feststellen und bringt den bloßgestellten Politikern nun ein ebenso unrühmliches Ende, wie ihre Unternehmungen es genommen haben. Immerhin muß doch erwähnt werden, daß die ersten Bankrücke und Stützungsaktionen mit Hilfe öffentlicher Gelder lange schon in der Aera des Kabinetts Seipel eingesetzt haben und sein erfreuliches Gedenktuch für seinen damaligen Finanzminister Rienböck darstellen, der eben wieder eine Seipel ins Amt zurückrufen will. In der Amtszeit Rameks haben die christlich-

Sondersitzung des englischen Parlaments

sx. **London**, 20. 10. (Eigenbericht)

Der König hat die Verlängerung des Notstandes um einen weiteren Monat unterzeichnet. Das Parlament ist aus den Ferien zu einer neuen Sonderitzung am nächsten Montag einberufen worden. Die Zahl der arbeitenden Bergarbeiter ist um 1000 auf 234 000 gesunken.

*

Churchill, bei Kriegsausbruch erster Lord der Admiralität, wird den Plan als Filmschauspieler an der Herstellung eines Films über die Seeschlachten von Coronel und den Falklandinseln mitarbeiten. Die Aufnahmen, zu denen die Admiralität die Mittelmeerflotte zur Verfügung gestellt hat, werden an der Nordküste von Afrika gemacht.

Sitzung der Botschafterkonferenz

a. **Paris**, 20. 10. (Eigenbericht)

Die Botschafterkonferenz verhandelte heute über die mit der „Entmilitarisierung" Deutschlands in Zusammenhang stehenden Fragen. Nach Beendigung der Sitzung wurde eine kurze Mitteilung bekanntgegeben, in der lediglich gesagt wird, daß keine Beschlüsse gefaßt worden seien.

sx. **London**, 20. 10. (Eigenbericht)

Sir Ronald Lindsay, der neue englische Botschafter in Berlin, wird Ende der Woche aus London abreisen, um seinen Berliner Posten anzutreten.

Amerikanischer Funkdienst
New York, Devisen- und Geldmarkt

Notierungen der letzten amtlichen Börsentage:

	20. 10.	19. 10.
Engl. Cable	4,85	4,85
Sichtwechsel	4,85	4,85
90 Tage/8	4,83	4,83
Holland	39,8	39,8
Fr. Franken	3,93	3,93
Schweiz. Franken	19,30	19,30
Dän. Kronen	18,50	18,50
Norw. Kronen	13,80	13,80
Schwed. Kronen	26,80	26,80
Berlin Mittelkurs	23,80	23,80
Wien		
Prag	2,96	2,96
Italien	4,33	4,34
Spanien	13,90	13,90
Madrid	14,05	14,05
Kabel Tr.	4,84	4,84

New York, Produktenmarkt

	20. 10.	19. 10.
Laufes Baumw. p.	20,5	20,5
Ab. Jahr	19,5	19,5
Dezbr.	14,85	14,95
März	14,53	14,63
Mai	14,16	14,23
Juli	13,85	13,92
Okt.	13,45	13,52
Januarwolle (ton	70,00	70,00
Dezbr.	12,19	12,25
Januar	12,08	12,14
März	12,00	13,03
Mai	13,01	13,08
Laufzucker	85,00	124 000
Kupfer (elektr.)	14½	14½
Zinn	69,25	69,75
Blei	5,85	5,85
Zink	7,20	7,25
Eisen	20,00	20,00

	20. 10.	19. 10.
Weizen, roh	154	154
Buchweizen	105	105
Mais	84½	84½

Chicago, Produktenmarkt

	20. 10.	19. 10.
Weizen Dez.	14,95	14,95
Mai	14,75	14,75
Mais Dez.	7,63	7,71
Mai	7,61	7,69
Hafer Dez.	4,85	4,85
Mai	4,85	4,85
Roggen Dez.	10,91	10,91
Mai	10,91	10,91
Schmalz Okt.	13,40	13,75

	20. 10.	19. 10.
Schweine, Amtlich	12,10	13,25
Kappon Oktober	12,75	12,75
Mai	12,75	12,75
Lebende Schweine	12,90	12,90
Schweine-Zufuhr	13,85	13,85
Schweine-Zufuhr	12,60	12,60
Speck-Zufuhr	12,60	12,60
Weizen-Zufuhr	14 000	24 000
Weizen	81 000	90 000